

Ellen Gracie will „Lagerbestände“ der brasilianischen Justiz abbauen

„Geboren in Rio, im Herzen Gaúcha“ – so stellen brasilianische Medien Ellen Gracie vor, die als erste Frau dem höchsten brasilianischen Gericht – vergleichbar dem Bundesverfassungsgericht – vorsitzt. Nach Jura-Studium an der Bundesuniversität Rio Grande do Sul sowie als Fulbright-Stipendiatin in den USA lehrte sie zunächst an ihrer heimischen Universität Zivilrecht. Sie wechselte dann in eine Karriere als Staatsanwältin und Richterin – bis sie 2000 von Präsident Fernando Henrique Cardoso für das Supremo Tribunal Federal nominiert wurde. Im Mai 2006 wurde sie von ihren 10 Richterkollegen für die nächsten zwei Jahre zur Präsidentin gewählt.



Ellen Gracie und Dr. Uwe Kaestner

DAS INTERVIEW FÜHRTE : DR. UWE KAESTNER*

Tópicos: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zur Präsidentin des Supremo Tribunal Federal! In vielen Ländern üben heute Frauen erstmals höchste Staatsämter aus, zum Beispiel Präsidentin Michelle Bachelet in Chile und Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland. Wie sehen Sie heute die Karrierechancen der Frauen in der brasilianischen Justiz und im öffentlichen Leben insgesamt?

Ellen Gracie: In Brasilien, vor allem im Bereich der Justiz, haben wir in den letzten Jahrzehnten erlebt, wie eine grosse Anzahl Frauen in Positionen aufstieg, die früher ausschliesslich durch Männer besetzt waren. Da bei uns der Zugang zur Karriere durch Auswahlwettbewerbe erfolgt und sich immer mehr Absolventinnen der Rechtsfakultäten für die Richterlaufbahn interessieren, haben wir heute in den erstinstanzlichen Gerichten schon etwa 30% Frauen. Da von dort aus nach den Mischkriterien von Amtszeit und Verdienst weiterbefördert wird, sind bei den zweitinstanzlichen oder Berufungsgerichten schon 26% Frauen tätig. Diese kritische Grösse garantiert das, was ich einmal „nachhaltigen

Zugang“ von Frauen zu den Obergerichten nennen möchte. Kurzum: Man kann nicht mehr behaupten, dass nicht ausreichend Kandidatinnen zur Verfügung stehen.

Welche rechtlichen Akzente möchten Sie in Ihrer Amtszeit setzen?

Die Präsidentschaft muss die Arbeiten des STF, das als Kollegium arbeitet, koordinieren, rechtlich wie in Verwaltungsdingen. Sie muss Maßnahmen vorschlagen, um Probleme bei den Plenarberatungen zu überwinden und deren Entscheidungen umzusetzen.

Die größte aller Herausforderungen ist ohne Zweifel unser Rückstand von 170000 Fällen, der sich angehäuft hat, weil bis vor kurzem für Berufungsklagen an das STF keinerlei Sieb oder Filter bestand – was Gerichtsverfahren in unserem Land, die durch alle Instanzen gingen, zwangsläufig in die Länge zog.

Erst vor kurzem wurden zwei Mechanismen eingeführt, diesem Zustand abzuhelpfen: Einmal die bindende Auslegung von Rechtsnormen durch das

STF, die dann für alle ähnlichen Verfahren, gleich in welcher Instanz anhängig, gilt; zum anderen die Prüfung, ob eine Rechtsfrage von so allgemeinem Interesse ist, dass ihre Entscheidung auf oberster Ebene gerechtfertigt ist. Diese zwei Mechanismen werden die Rechtsprechung in Brasilien wesentlich verändern, sie vor allem so beschleunigen, dass sie mit den schnellen Zeiten, in denen wir leben, im Einklang stehen.

In der Übergangszeit, die ich auf zwei Jahre einschätze, müssen wir die „Lagerbestände“ abbauen, vor allem durch Zusammenfassung von Verfahren, bei denen es um die gleichen oder ähnliche Rechtsfragen geht; hier denke ich vor allem an Steuer- und Rentenfälle. Auch muss die neue und erhöhte Verantwortung der Richter erster und zweiter Instanz betont werden, wo künftig die Mehrzahl der Fälle endgültig entschieden wird.

Bei den gerade abgeschlossenen Wahlen waren nur rund 14% der Kandidaten Frauen, offenbar weniger als früher. Wie bewerten Sie diese Tatsache? Sehen sich Frauen in der Politik

* Unter Mitwirkung von Martina Merklinger

neuen Widerständen gegenüber oder verlieren sie das Interesse an Wahlkämpfen?

In Brasilien sollten die Parteien eigentlich eine Frauenquote von 30% erreichen – aber sie schaffen es offenbar nicht. Denn in der ganzen Welt, nicht nur in Brasilien, sehen sich Frauen an einer aktiveren Teilnahme am politischen Leben gehindert. Da geht es um noch nicht überwundene kulturelle Faktoren, wie zum Beispiel die Doppelrolle, der sich Ehefrauen und Mütter unterwerfen müssen, wie auch um den geringeren Zeitaufwand, den Frauen den so genannten informellen Netzwerken – Klubs, Sportvereine, Freizeittätigkeiten – widmen können, aus denen aber gerade die Männer einen Reichtum an Informationen gewinnen und Beziehungen aufbauen, die für die Karriere nützlich sind. Das ist für das politische und Parteileben besonders wichtig, wenn man etwa an die hohen Kosten eines Wahlkampfes denkt.

Meinungsumfragen belegen immerhin bei Frauen ein stärkeres Engagement für öffentliche Angelegenheiten und, wenn in verantwortlicher Stellung, ein höheres Maß an Korrektheit.

Man muss aber auch daran erinnern, dass die heutige Generation junger Frauen auf Vorbilder, auf „role models“ zählen kann, die frühere implizite Annahmen, welche höheren Ämter nur von Männern ausgeübt werden können und was typische Frauenberufe sind, durchbrochen haben. Deshalb ist auch die Tatsache, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin geworden ist, über ihre politische Tätigkeit hinaus für die jungen Frauen in Deutschland ein Wegzeichen zu einer neuen Möglichkeit beruflicher Verwirklichung.

Ein wichtiges Wahlkampfthema war die „Politische Reform“ – die meisten Kandidaten haben sie versprochen. Sind Reformen auch im Bereich der Justiz dringend?

Die notwendigen Reformen der Gerichtsbarkeit sind mit der 45. Verfassungsänderung eingeleitet worden; sie müssen jetzt durch eine Vereinfachung der Prozesse, sowohl im Zivil-

wie im Strafrecht, ergänzt werden. Innerhalb der Gerichte müssen unnötige Verfahrensschritte, die eine Entscheidung in die Länge ziehen, ausgemerzt werden. Wir arbeiten mit den heute verfügbaren technologischen Mitteln an einem Pilotprojekt „Justiz ohne Papier“; dabei müssen wir aber eine „digitale Apartheid“, die Benachteiligung von Bürgern ohne Internet-Zugang, vermeiden.

Ein weiteres Wahlkampfthema war die Öffentliche Sicherheit. Wie kann die Justiz dazu beitragen, den Bürgern die Sorge um ihre Sicherheit zu nehmen?

Bei der Verbrechensbekämpfung stehen die Gerichte zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft einerseits und der Gefängnisverwaltung andererseits, die allesamt zur Exekutive gehören. Zwischen diesen staatlichen Bereichen muss eine wirksame Zusammenarbeit gefördert werden, damit die Bürger im Ergebnis eine höhere Sicherheit spüren. Eine Initiative in diesem Sinn ist unsere neue Datenbank der Gefängnisinsassen, die über Strafen und Vollzugsbedingungen Auskunft gibt – eine Erleichterung für die Straf-

vollzugsrichter und höhere Transparenz für die Staatsanwälte, die Verteidiger und die Verurteilten selbst.

Brasilien und Deutschland sind Bundesstaaten und haben Verfassungsgerichte. Sehen Sie auf juristischem Gebiet Chancen für eine intensivere Zusammenarbeit unserer beiden Länder?

Das brasilianische System, die Verfassungsmäßigkeit zu prüfen, hat vom deutschen Verfassungsrecht bedeutende Impulse empfangen. Mindestens zwei meiner Kollegen haben an deutschen Universitäten studiert. Schon diese zwei Tatsachen spiegeln den Enthusiasmus wider, mit dem wir uns auf eine weitere Intensivierung der juristischen Zusammenarbeit mit Deutschland freuen. Eine gute Gelegenheit wird das Jahr 2008 bieten: Wir feiern dann das 200-jährige Bestehen des ersten Obersten Gerichts in Brasilien – 1808 wurde vom portugiesischen König João VI die „Casa das Suplicações“ gegründet – und wollen dazu prominente Gäste und Vortragende aus vielen Ländern, darunter aus Deutschland, einladen. ■



Ellen Gracie und - von links - Gesandter Graf von Waldersee, Botschafter Prot von Kunow und Dr. Uwe Kaestner